

## **SZ1 Das Miteinander stärken: Grundpfeiler einer sozialen Politik für Bayern**

Gremium: Landesvorstand, Landesausschuss, Kerstin Celina MdL  
(KV Würzburg-Land)

Beschlussdatum: 20.09.2019

Tagesordnungspunkt: 4 Sozialer Zusammenhalt

### **Antragstext**

1 Wir wollen unsere Gesellschaft so gestalten, dass niemand durch die  
2 Veränderungen, die wir in unserer Zeit erleben, abgehängt wird, sondern vielmehr  
3 alle Menschen gleichermaßen in den Genuss des Fortschritts kommen. Dazu gehört,  
4 Verschiedenheiten zu respektieren und unabhängig davon jedem Menschen die  
5 gleichen Freiheiten, Sicherheit und Chancen zu garantieren. Unser Versprechen  
6 von gesellschaftlicher Teilhabe schließt alle ein. Jeder Mensch muss unabhängig  
7 von Geschlecht, sozialer oder ethnischer Herkunft, Alter, Aussehen, sexueller  
8 Identität, von Behinderung oder Glauben an der Gesellschaft teilhaben können.

9 Wir rücken Solidarität und gesellschaftlichen Zusammenhalt in den Mittelpunkt  
10 der Politik. Dafür setzen wir die richtigen Rahmenbedingungen und machen  
11 Zusammenhalt und soziale Teilhabe zur Handlungsgrundlage für alle politischen  
12 Bereiche. Denn: Eine solche Politik der Gerechtigkeit kann nicht nur ein  
13 einzelnes Politikfeld betreffen. Wir wollen einen Staat, der Teilhabe allen  
14 gleichermaßen bietet, der Sicherheit gewährleistet und öffentliche Räume,  
15 Infrastrukturen und Institutionen schafft, die dem glücklichen und  
16 selbstbestimmten Leben aller dienen und es allen ermöglicht, ihre Freiheit und  
17 Würde zu gewinnen und zu bewahren.

18 Wenn wir von Teilhabegerechtigkeit sprechen, dann meinen wir explizit auch  
19 Geschlechtergerechtigkeit, internationale Gerechtigkeit und  
20 Generationengerechtigkeit. Und letztere schließt auch zukünftige Generationen  
21 ein. Wir müssen ihnen einen Planeten hinterlassen, in dem auch für sie  
22 selbstbestimmte Teilhabe möglich ist. Diese Dimensionen von Gerechtigkeit dürfen  
23 trotz praktischer Konflikte nicht gegeneinander ausgespielt werden.  
24 Gerechtigkeit verlangt vielmehr Solidarität im politischen und persönlichen  
25 Handeln.

### **26 MIT EINEM AKTIVEN STAAT EIN SELBSTBESTIMMTES LEBEN ERMÖGLICHEN**

27 Im föderalen Aufbau Deutschlands sind wir als Land Bayern dafür zuständig, das  
28 Versprechen der Teilhabe für alle konkret umzusetzen. Wir als Freistaat sind –  
29 oft in Zusammenarbeit mit den Kommunen – zuständig für viele Institutionen und  
30 die konkrete Gestaltung unseres Zusammenlebens. Deshalb stärken wir unsere  
31 öffentlichen Institutionen und unsere öffentlichen Güter, denn sie sind ein  
32 Schlüssel für mehr Gerechtigkeit. Dazu gehört auch, dafür zu sorgen, dass die  
33 öffentliche Infrastruktur gut erhalten bleibt und ausgebaut wird. Starke  
34 öffentliche Institutionen sind materielle Grundlage unsere Demokratie, sorgen  
35 für Teilhabe und stellen die faire Verteilung von Chancen und Ressourcen und die

36 Einhaltung der Rechte sicher.

37 **GUTE BILDUNG FÜR ALLE**

38 Bildung eröffnet Perspektiven und Möglichkeiten für alle Menschen, die in  
39 Deutschland leben, ob jung oder alt. Gute Bildung für alle ist deshalb  
40 Grundvoraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe, Teilhabe am Arbeitsmarkt,  
41 Teilhabe an (digitaler) Kommunikation sowie politische Teilhabe. Wir Grüne  
42 stehen für Bildungsgerechtigkeit. Die soziale Herkunft darf nicht über den  
43 Erfolg im Bildungssystem entscheiden. In Bayern sind die Chancen, das eigene  
44 Leben gestalten zu können, immer noch ungleich verteilt.

45 Unser Ziel ist es, kein Kind zurückzulassen, Kinder schon früh zu fördern und  
46 die zahlreichen Hürden zu beseitigen, die insbesondere Kindern aus finanziell  
47 schwächer gestellten Familien, aus bildungsfernen Elternhäusern, aus Familien  
48 mit Migrationshintergrund und Kindern mit Behinderungen in den Weg gestellt  
49 werden.

50 Lernen für ein selbstbestimmtes Leben und für gesellschaftlichen Zusammenhalt  
51 fängt in Kindertagesstätten und Schulen an und setzt sich im lebenslangen Lernen  
52 fort. Deswegen werden wir die **frühkindliche Bildung** und Betreuung als Schlüssel  
53 für die Zukunft ausbauen.

54 *Maßnahmen:*

55 • Überarbeitung der Betreuungskonzepte, um echte Chancengerechtigkeit zu  
56 ermöglichen. Es braucht Zeit für Spaß und Spiel, konsequentes Handeln für  
57 Inklusion und Integration. Die Kindertagesstätte ist der Ausgangspunkt für  
58 ein grundlegendes Verständnis für Selbstwirksamkeit, Mitbestimmung und  
59 Demokratie.

60 • Mehr Personal, bessere Bezahlung, mehr Zeit für Fortbildungen und  
61 Elterngespräche

62 • Soziale Staffelung jeglicher Fördergelder, damit die  
63 Unterstützungsleistungen wirklich dort ankommen, wo sie gebraucht werden.

64 Wir gestalten die Bildungswege durchlässiger und werden **Schulen** so ausstatten,  
65 dass sie allen Kindern und Jugendlichen gerecht werden, gleich welcher Herkunft  
66 sie sind. Unser Ziel ist „Empowerment“ - also alle so zu bilden, dass sie ihr  
67 Leben selbstständig gestalten können. Dazu verbessern wir die individuelle  
68 Förderung und stärken die Persönlichkeitsbildung. Da Schulen die Orte sind, an  
69 denen gesellschaftlicher Zusammenhalt erfahren und gelernt werden kann, werden  
70 wir Schulen zu positiven Lern- und Lebensorten weiterentwickeln.

71 *Maßnahmen:*

72 • Schulen besser aufstellen durch multiprofessionelle Teams, zweite  
73 Lehrkräfte, durchgängige Sprachförderung

74 • Bedarfsgerechter Ausbau gebundener Ganztagschulen

75 • Politische Bildungsangebote ausweiten, damit Schulen zu Werkstätten für  
76 Demokratie und Mitbestimmung werden

77 Der Verbesserungsbedarf bei **Bildungschancen von Erwachsenen** ist ebenfalls sehr  
78 hoch. Digitaler Wandel und längere Lebensarbeitszeiten verstärken die  
79 Notwendigkeit, gezielte Angebote beim lebenslangen Lernen zu schaffen.

80 *Maßnahmen:*

81 • Stärkung der rechtlichen Grundlage zur Fortbildung mit einem  
82 Bildungsfreistellungsgesetz

83 • Bessere Förderung der Angebote zur Erwachsenenbildung

84 • Entwicklung von Programmen und Förderkonzepten, die den kulturellen  
85 Austausch und die Teilhabe in Europa nicht nur für junge Menschen, sondern  
86 für alle fördern.

## 87 **ARBEIT SCHAFFEN, VON DER MAN LEBEN KANN**

88 Der beste Schutz vor Armut ist eine gute und existenzsichernde Arbeit für alle.  
89 Wir setzen uns deshalb ein für die Eindämmung des Niedriglohnsektors, das  
90 Zurückdrängen prekärer und atypischer Beschäftigungsverhältnisse und bessere  
91 Unterstützung für Menschen, die aktuell schwer Anschluss an den Arbeitsmarkt  
92 finden. Nur noch gut die Hälfte der Beschäftigten in Bayern unterliegt der  
93 Tarifbindung.

94 *Maßnahmen:*

95 • Ausweitung der Tarifbindung durch ein Landesvergabegesetz und bessere  
96 Möglichkeiten, Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären.

97 • Flexibilität ermöglichen: Förderung der Wahlfreiheit, ob eine Ausbildung  
98 in Teilzeit oder Vollzeit gemacht werden kann

99 • Der öffentliche Dienst in Bayern und der Freistaat als Auftraggeber gehen  
100 als Vorbild voran mit der Einführung eines bayerischen Mindestlohns bei  
101 öffentlichen Aufträgen

## 102 **FRAUEN STÄRKEN: FAMILIE UND BERUF IN EINKLANG BRINGEN**

103 Die Wirtschaft in Bayern floriert. Doch längst nicht alle profitieren von dem  
104 anhaltenden Boom. Das Aufstiegsversprechen – wer sich nur genug anstrengt, wird  
105 belohnt – gilt längst nicht mehr, die soziale Mobilität ist gering. Dies gilt  
106 insbesondere für Frauen. Die Lohnungleichheit zwischen Männern und Frauen muss  
107 beendet werden. Ein wichtiger Schritt zu mehr Lohngerechtigkeit ist, Berufe, die

108 überdurchschnittlich von Frauen ausgeübt werden, aufzuwerten. Hierzu zählt u.a.  
109 die Arbeit im Care-Sektor, beispielsweise in der Pflege oder in der Kita.

110 Damit tatsächlich alle Menschen, insbesondere auch Frauen und Alleinerziehende,  
111 einer auskömmlichen, sozialversicherungspflichtigen Erwerbsarbeit nachgehen  
112 können, müssen Familie und Beruf besser vereinbar sein. Wir wollen eine  
113 partnerschaftliche Aufteilung der Sorge- und Erwerbsarbeit ermöglichen. Dies  
114 erfordert einen grundlegenden Wandel in der Familienpolitik. Wir brauchen auch  
115 eine Familienförderung, die Kinder aus der Armut herausholt, denn Kinderarmut  
116 hat in einer gerechten Gesellschaft keinen Platz.

117 *Maßnahmen:*

118 • Abschaffen des unzeitgemäßen Ehegattensplittings für neu geschlossene Ehen  
119 und Ersetzen durch eine sozial gerechte individuelle Besteuerung

120 • Gleichstellung der Kindererziehungs- und Pflegezeiten bei der  
121 Rentenanrechnung

122 • Ausbau von qualitativ hochwertigen Angeboten zur Kinderbetreuung, die sich  
123 zeitlich flexibel am Bedarf berufstätiger Eltern ausrichten

124 • Wir wollen familienfreundliche flexible Arbeitszeitmodelle sowohl in der  
125 privaten Wirtschaft als auch im öffentlichen Dienst. Wer seine Arbeitszeit  
126 aufgrund der Erziehung von Kindern oder der Pflege von Angehörigen  
127 vorübergehend reduzieren muss, braucht einen gesetzlichen Anspruch auf  
128 Rückkehr in eine Vollzeitbeschäftigung.

129 • Flächendeckender Ausbau von Kurzzeit- und Tagespflegeangeboten zur  
130 Entlastung pflegender Angehöriger

131 **IN WÜRDE ALT WERDEN**

132 Eine deutlich gestiegene Lebenserwartung bietet heute vielen Menschen die  
133 Möglichkeit, bis ins hohe Alter aktiv zu leben. Durch den Wandel in der  
134 Arbeitswelt nehmen zugleich Normalarbeitsverhältnisse ab und prekäre  
135 Beschäftigung zu mit der Folge, dass das Rentenniveau viele Bürger\*innen nicht  
136 mehr vor Altersarmut schützt. Wir wollen ein selbstbestimmtes Leben in der  
137 späten Lebensphase ermöglichen und stellen dafür die Weichen. Das ist eine  
138 zentrale Frage der Gerechtigkeit.

139 Eine weitere Folge der gestiegenen Lebenserwartung ist die steigende Zahl der  
140 Pflegebedürftigen und Demenzerkrankten. Für uns ist Menschlichkeit der Dreh- und  
141 Angelpunkt für gute Pflege in Bayern. Deshalb darf Pflege nicht allein auf die  
142 körperliche Fürsorge begrenzt bleiben, es muss die Teilhabe der  
143 Pflegebedürftigen am gesellschaftlichen Leben im Mittelpunkt stehen. Wir wollen  
144 die Pflege in Bayern zukunftssicher machen.

145 *Maßnahmen:*

- 146 • Einführung einer Garantierente, die einen auskömmlichen Lebensstandard  
147 absichert
- 148 • Bessere Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen in den Pflegeberufen und eine  
149 gesetzlich festgelegte Personalbemessung mit höherem Personalschlüssel
- 150 • Entwicklung von Quartierskonzepten, damit gute Pflege in Zukunft noch  
151 stärker aus einem bedarfsgerechten Mix aus bürgerschaftlichem Engagement,  
152 Nachbarschaftshilfe, niedrigschwelligen Angeboten und professionellen  
153 Dienstleistungen bestehen kann
- 154 • Förderung von präventiven Beratungsangeboten, inklusiven und  
155 generationsübergreifenden Wohnkonzepten und digitalen Assistenzen

#### 156 **WOHNEN ALS GRUNDRECHT ANERKENNEN**

157 Wohnen ist ein Grundrecht für alle und darf nicht zur existenziellen Frage für  
158 den Einzelnen werden. Tatsächlich aber steigen die Mieten vor allem in den  
159 wirtschaftlich boomenden Regionen Bayerns so rasant, dass weder Gehälter und  
160 Löhne noch Renten und Grundsicherung damit Schritt halten können. Wohnen wird  
161 für immer mehr Menschen kaum mehr bezahlbar. Schutz vor Armut bedeutet daher  
162 auch: Wohnraum schaffen für alle Menschen im Freistaat – schnell, nachhaltig und  
163 bezahlbar. Wir zeigen einen Ausweg aus den vielfach vorhandenen prekären  
164 Wohnsituationen bedürftiger Menschen.

165 *Maßnahmen:*

- 166 • Ausweitungsoffensive des sozialen Wohnungsbaus
- 167 • Unterbindung von Mietwucher und Diskriminierungen auf dem Wohnungsmarkt
- 168 • Stärkung gemeinnütziger Akteure wie kommunale Wohnungsbaugesellschaften,  
169 Genossenschaften und Baugemeinschaften

#### 170 **INKLUSIVE GESELLSCHAFT VORANTREIBEN**

171 Inklusion ist für uns Grüne ein Menschenrecht. Es ist Aufgabe des Staats, dass  
172 Menschen mit Behinderung gleichberechtigt an der Gesellschaft teilhaben können.  
173 Dabei haben wir sowohl Menschen mit körperlichen und psychischen  
174 Beeinträchtigungen im Blick, wie auch ihre Angehörigen. Der Abbau von Barrieren  
175 und die Umsetzung der Inklusion ist ein Gewinn für alle Bürger\*innen,  
176 insbesondere im Hinblick auf unsere alternde Gesellschaft.

177 *Maßnahmen:*

- 178 • Reformierung des „Aktionsplan Inklusion“ mit mess- und überprüfbaren  
179 Zielen, verbindlichen Zeitvorgaben für die Umsetzung, genauen  
180 Zuständigkeiten für jede einzelnen Maßnahme und konkreten Projekten zur  
181 Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention

182 • Umfangreiche finanzielle Mittelaufstockung des Sonderinvestitionsprogramms  
183 „Bayern Barrierefrei 2023“, damit es zumindest zu einer schrittweisen  
184 Beseitigung von Barrieren in allen Lebensbereichen kommt

185 • Grundsätzliche Bereitstellung von Informationen der Verwaltung in Leichter  
186 Sprache

## 187 **KLIMASCHUTZ GERECHT GESTALTEN**

188 Klimaschutz ist ein zutiefst soziales Anliegen. Die Klimakrise trifft schon  
189 heute zum Beispiel diejenigen härter, die in schlecht isolierten Wohnungen  
190 leben, die sich in heißen Sommern aufheizen, während sie im Winter hohe  
191 Heizkosten erfordern. Sie trifft diejenigen härter, die auch in der größten  
192 Hitze draußen körperlich arbeiten müssen oder jene, die an vierspurigen  
193 Zufahrtsstraßen wohnen und dort gesundheitsschädliche Abgase einatmen müssen.  
194 Zugleich kann eine wirksame Klimapolitik aber nur gemeinsam mit den Menschen  
195 gelingen. Deshalb muss sie sozial gerecht ausgestaltet werden und darf nicht  
196 selbst zu mehr Ungleichheit führen. Unsere Klimapolitik ist ökologisch und sozial  
197 gestaltet, um beim Klimaschutz alle mitzunehmen.

198 *Maßnahmen:*

199 • Mit den Einnahmen eines neu eingeführten CO<sub>2</sub>-Preises wird ein Energiegeld  
200 für alle Bürgerinnen und Bürger finanziert. So wird verhindert, dass  
201 Klimaschutz durch höhere Preise zu neuen sozialen Problemen führt. Da  
202 Menschen mit geringem Einkommen in der Regel weniger CO<sub>2</sub> produzieren,  
203 profitieren sie davon besonders.

204 • Die Einführung einer passgenauen Wohnraumförderung ermöglicht für  
205 einkommensschwache Mieter\*innen warmmiet-neutrale Sanierungen.

206 • Einführung einer Mobilitätsgarantie für Bayern, mit der zwischen 5 und 24  
207 Uhr eine flächendeckende Nahverkehr-Grundversorgung geschaffen wird und  
208 damit für Pendler\*innen und für die gesamte Bevölkerung eine attraktive  
209 Alternative zum Auto besteht.

210 • Anschub von passgenauen Weiterbildungs- und Förderprogrammen, um die  
211 ökologische Transformation unserer Wirtschaft zu unterstützen und so die  
212 Chancen des Strukturwandels für tausende neue Arbeitsplätze zu nutzen.

213 • Unterstützung von Social Entrepreneurs, denn sozial-ökologisches  
214 Unternehmertum fördert gesellschaftliche Innovationen und darf keine  
215 Randerscheinung bleiben

## 216 **LEBENSWERTE STÄDTE, ATTRAKTIVES LAND**

217 Die große Mehrheit der Bevölkerung fürchtet ein weiteres Auseinanderdriften der  
218 Gesellschaft. Diese Sorge gibt es in wachsenden Städten genauso wie im  
219 ländlichen Raum. Die Menschen wünschen sich stattdessen eine sozialere  
220 Gesellschaft und mehr Lebensqualität bei sich vor Ort. Damit wir auch vor

221 unserer Haustüre Lebensqualität genießen können, rücken wir Grüne den  
222 öffentlichen Raum ins Blickfeld der Politik. Lebenswerte öffentliche Räume  
223 führen Menschen jedweder Herkunft, Geschlecht, sozialer Schicht und Alter  
224 zueinander und stiften Raum für Kommunikation, Austausch, Teilhabe und  
225 Zusammenhalt der Gesellschaft.

226 *Maßnahmen:*

227 • Umgestaltung öffentlicher Räume mit dem Konzept der „Begegnungszone“, um  
228 Orte und Wohnquartiere wiederzubeleben

229 • Förderung von bürgerschaftlichem Engagement durch Bürokratieabbau und  
230 Erleichterung von Freistellungen während der Arbeitszeit

231 • Erhöhung der staatlichen Förderung für Kulturangebote, denn kulturelle  
232 Teilhabe fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Besonders jene  
233 Menschen, die derzeit kulturellen Einrichtungen fernbleiben, sollen z.B.  
234 über freie Eintrittsmöglichkeiten stärker eingebunden werden.

235 Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt droht aber nicht nur durch  
236 unzureichende Lebensqualität im sozialen Nahraum sondern auch durch wachsende  
237 Ungleichgewichte zwischen den Regionen Bayerns. Der Verfassungsauftrag der  
238 Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Landesteilen ist für uns  
239 Grüne Handlungsverpflichtung. Gerade in peripheren Regionen wollen wir dem  
240 Gefühl des „Abgehängtseins“ mit klaren Standards bei den unternehmensnahen,  
241 sozialen und kulturellen Infrastrukturen sorgen. Dazu zählt die flächendeckende  
242 Versorgung mit einem Glasfaseranschluss ebenso wie eine verlässliche  
243 Gesundheitsversorgung, funktionierende Nahversorgung und die Sicherstellung der  
244 Mobilität auch ohne Auto, aber auch moderne Kulturangebote und  
245 Freizeiteinrichtungen für junge Menschen.

246 Für uns Grüne heißt das aber auch, dass wir allerorts leistungsstarke Kommunen  
247 brauchen. Denn nur wenn die Kommunen finanzielle Gestaltungskraft haben, lassen  
248 sich vor Ort Ideen zur verbesserten sozialen Teilhabe entwickeln und umsetzen  
249 und die Kommune zum lebenswerten Ort für alle machen.

## **SZ2 Bezahlbar Wohnen für alle – Sozialen Wohnungsbau stärken**

Gremium: Landesvorstand, Landesausschuss, Jürgen  
Mistol MdL (KV Regensburg-Stadt)  
Beschlussdatum: 20.09.2019  
Tagesordnungspunkt: 4 Sozialer Zusammenhalt

### **Antragstext**

1 **„Jeder Bewohner [und jede Bewohnerin] Bayerns hat Anspruch auf eine**  
2 **angemessene Wohnung. Die Förderung des Baues billiger Volkswohnungen ist**  
3 **Aufgabe des Staates und der Gemeinden.“**

4 Diesem in Art. 106 der Bayerischen Verfassung formulierten Grundsatz fühlen wir  
5 Grüne uns verpflichtet.

6 Wir begreifen Wohnen als eine der drängendsten Gerechtigkeitsfragen unserer  
7 Zeit, auf die wir sozial und ökologisch adäquate Antworten geben müssen.  
8 Gerade weil das Dach über dem Kopf ein knappes und wertvolles Gut ist, darf es  
9 nicht allein den Kräften des Marktes überlassen werden. Die Ursachen für die  
10 Wohnungskrise sind vielschichtig und müssen durch zielgerichtete Maßnahmen  
11 bekämpft werden. Bund, Länder und Kommunen brauchen einen umfassenden  
12 Werkzeugkasten voller wohnungspolitischer Instrumente, um den sozialen  
13 Zusammenhalt und bezahlbares Wohnen zu ermöglichen.

14 Das Recht auf Wohnen muss in den Städten und im ländlichen Raum wieder  
15 garantiert werden. Ob in der Stadt oder auf dem Land – Menschen sollen da  
16 leben können, wo sie wollen. Dafür setzen wir auf bedarfsgerechten und  
17 nachhaltigen Neubau und Bestandsmodernisierung. Wir wollen eine nachhaltige,  
18 gemeinwohlorientierte Bodenpolitik und eine Stärkung der gemeinwohlorientierten  
19 Wohnungsbauakteure. Elementar sind für uns Grüne echter Mieter\*innenschutz und  
20 eine wirksame Mietenbegrenzung.

21 Einen wichtigen wohnungspolitischen Rahmen geben bundesrechtliche Regelungen.  
22 Bündnis 90/Die Grünen fordern hier eine stärkere Orientierung an dem Ziel,  
23 dass jeder Mensch Anspruch auf eine angemessene Wohnung hat. So sollten die  
24 Mittel für das Baukindergeld gestrichen und den Ländern für die  
25 Wohnraumförderung zu Gute kommen. Wir wollen die steuerlichen  
26 Abschreibungsmöglichkeiten beim Mietwohnungsbau auf angespannten  
27 Wohnungsmärkten verbessern. Nicht zuletzt wollen wir Spekulationen mit Grund  
28 und Boden im Rahmen der Grund- und Grunderwerbssteuer entgegenwirken.

29 Auch die Einrichtung revolvierender Bodenfonds und insgesamt ein verstärkter  
30 Erwerb von Baugrund durch Bund, Land und Kommunen kann den Anstieg der  
31 Bodenpreise dämpfen. Wir Grüne fordern auch eine Stärkung und Ausweitung des  
32 Vorkaufsrechts für Kommunen. Mit einer Quote von 30 bis 50 Prozent für



33 Sozialen Wohnungsbau bei jedem Neubau oder Bau im unbeplanten Innenbereich  
34 können Kommunen für mehr bedarfsgerechten Wohnraum sorgen. Im Steuerrecht  
35 wollen wir Steuerhindernisse bei der Vermietung von Werkwohnungen abzubauen  
36 sowie faire Vermieter\*innen steuerlich begünstigen und nicht wie bisher  
37 bestrafen.

38 Im Mietrecht brauchen wir eine Reform der Modernisierungsmieterhöhung, um  
39 sozialverträgliche energetische Modernisierungen zu ermöglichen und  
40 Verdrängung durch Luxussanierungen zu beenden. Den Mietenanstieg auf  
41 angespannten Wohnungsmärkten wollen wir im Rahmen der Kappungsgrenzenverordnung  
42 weiter einschränken. Außerdem wollen wir Mietwucher bekämpfen, indem wir § 5  
43 des Wirtschaftsstrafgesetzes – Mietwucher – wieder zu einem praxistauglichen  
44 Instrument gegen Mietpreisüberhöhung machen. Zudem wollen wir die  
45 Mietpreisbremse verlängern und verschärfen sowie den Mietspiegel  
46 mieter\*innenfreundlicher ausgestalten, indem bei der Berechnung auch ältere  
47 Mietverträge als sechs Jahre sowie öffentlich geförderte Wohnungen  
48 berücksichtigen.

49 Auch die bayerische Wohnungspolitik schöpft die landespolitischen  
50 Möglichkeiten nicht ansatzweise aus.

51 Während in Ballungsräumen Wohnungen fehlen und der Kampf um bezahlbaren  
52 Wohnraum auf dem Rücken der Schwächsten ausgetragen wird, werden in  
53 ländlichen Regionen weit mehr Wohnhäuser – vor allem Einfamilienhäuser und  
54 große Wohnungen – gebaut als nötig. Ist der Baubedarf in München gerade mal  
55 zu 67 % gedeckt, ist er beispielsweise im Landkreis Hof zu 357 % laut einer  
56 Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft übererfüllt. Diese Entwicklung  
57 befeuert gerade in Regionen mit sinkender Bevölkerungszahl die Zersiedlung und  
58 Verödung der Ortskerne. Folgen sind neue Leerstände und der damit  
59 einhergehende Verfall der Immobilien(preise).

60 Seit der Föderalismusreform 2006 tragen die Bundesländer die Verantwortung  
61 für die soziale Wohnraumförderung. Doch auf die Staatsregierung können die  
62 Mieter\*innen schon lange nicht mehr hoffen. Die Landesmittel für die soziale  
63 Wohnraumförderung stagnieren seit Jahren auf niedrigem Niveau. Wurden Mitte der  
64 1990er noch jährlich 348 Mio. € für die Wohnraumförderung bereitgestellt,  
65 waren die Mittel 2017 sogar auf 87 Mio. € gekürzt worden – der niedrigste  
66 Stand an Wohnraumförderung denn je. Mit momentan 365 Mio. € aus dem  
67 Staatshaushalt ist die Wohnraumförderung weiterhin unterfinanziert.

68 Befeuert wird die Situation durch die Folgen der geringen Tätigkeit im sozialen  
69 Wohnungsbau. Denn während das Mietniveau in vielen bayerischen Städten  
70 unaufhaltsam steigt, ist der Bestand an Sozialwohnungen erheblich geschmolzen.  
71 Gab es im Jahr 1988 noch 495.240 Sozialwohnungen im Freistaat, ist ihr Bestand  
72 bis 2016 auf 138.000 gesunken. Auch wenn die Zugänge bei den gebundenen  
73 Mietwohnungen 2018 mit 5.260 erstmals größer als die der Abgänge mit 3.975  
74 sind, hinkt der Freistaat den Zielen weiterhin hinterher. Bis Ende 2019 sollten  
75 im Rahmen des Wohnungspakts Bayern 28.000 neue staatlich finanzierte oder  
76 geförderte Mietwohnungen entstehen. Das entspricht jährlich 7.000  
77 Mietwohnungen. Weder 2016, 2017 noch 2018 konnte diese Zielmarke erreicht  
78 werden. Gleichzeitig zielen die Instrumente des öffentlich geförderten  
79 Wohnungsbaus zu sehr auf Wirtschafts-förderung mit „sozialer  
80 Zwischennutzung“ ab. Nach Ablauf und Tilgung der öffentlichen Darlehen

81 verwandeln sich Sozial- in ganz normale Mietwohnungen. Deshalb fallen jährlich  
82 mehr dieser Wohnungen aus der Bindung als neue hinzukommen.

83 Zudem legt die Staatsregierung den Fokus bei der Wohnraumförderung mit dem  
84 Baukindergeld Plus sowie der Eigenheimzulage immer noch zu sehr auf den  
85 Eigentumserwerb und das geht am Bedarf vorbei. Beide Fördermaßnahmen sollen  
86 Familien helfen, Wohneigentum zu finanzieren. Gleichzeitig soll mit der  
87 Förderung fehlender Wohnraum entstehen. Doch erste Zahlen belegen, dass dadurch  
88 kaum Neubauten entstehen. Schaut man sich die regionale Verteilung an,  
89 bestätigt sich zudem, dass die Förderung vor allem im ländlichen Raum  
90 lukrativ ist. In Städten, wo die Immobilienpreise hoch sind, werden  
91 verhältnismäßig weniger Anträge gestellt.

92 Mit der Privatisierung der staatlichen Wohnungsbaugesellschaft GBW hat die  
93 Staatsregierung einen starken und verlässlichen Partner beim sozialen  
94 Wohnungsbau und damit 33.000 günstige Wohnungen unnötigerweise aus der Hand  
95 gegeben. Die Gründung der BayernHeim kann diesen Verlust nicht kompensieren. Im  
96 Gegenteil, denn das Söder-Prestigeprojekt bringt den sozialen Wohnungsbau im  
97 Freistaat keinen Millimeter voran. Stattdessen schränkt es den finanziellen  
98 Spielraum anderer Wohnungsunternehmen erheblich ein. Ohne eigene, zusätzliche  
99 Finanzmittel für den sozialen Wohnungsbau speist sich die BayernHeim aus  
100 Mitteln der regulären Wohnraumförderung. De facto werden dadurch die  
101 Fördergelder für dringend benötigte Bauprojekte anderer Wohnungsunternehmen,  
102 vor allem der Genossenschaften und kommunalen Unternehmen, gekürzt.

103 Einen schlanken Fuß macht sich die Staatsregierung auch, wenn es um die  
104 Interessen der bayerischen Mieterinnen und Mieter geht. Die Mietpreisbremse  
105 wurde auf Bundesebene von der CSU verzögert und dann handwerklich auf  
106 Landesebene so schlecht umgesetzt, dass sie vor Gericht scheiterte und keine  
107 Wirkung entfalten konnte. Und jetzt wundern sich Söder & Co. über immer  
108 radikalere Forderungen, wie bezahlbares Wohnen für Menschen mit kleinen und  
109 mittleren Einkommen garantiert werden kann.

110 **Deshalb stellen die Grünen Bayern diesen 10-Punkte-Katalog an Forderungen an**  
111 **die Staatsregierung:**

- 112 • Der Schwerpunkt der Wohnraumförderung liegt dauerhaft auf dem  
113 Mietwohnungsbau. Dafür werden jährlich 1 Milliarde Euro an investitions-  
114 und Fördervolumen bereitgestellt.
- 115 • Die Bindungsdauer für Sozialwohnungen wird verbindlich auf 40 Jahre  
116 festgelegt.
- 117 • Erwerb von Belegungsrechten im Wohnungsbestand ermöglichen.
- 118 • Verbilligte Abgabe von Landesgrundstücken für den sozialen Wohnungsbau.
- 119 • Ein Flächen- bzw. Baulückenkatasters für staatliche und kommunale  
120 Liegenschaften wird im kommenden Jahr eingeführt.

- 121 • Gemeinschaftliches Wohnen im Rahmen der Wohnraumförderung wird gestärkt,  
122 indem die Gründung von Wohnungsgenossenschaften oder Baugruppen durch  
123 zinslose Darlehen oder Zuschüsse für die Eigenkapitaleinlage sowie der  
124 Erwerb von Genossenschaftsanteilen gefördert wird.
- 125 • Das Bayerische Baukindergeld Plus und die Eigenheimzulage wird gestrichen  
126 und die Gelder stattdessen im Rahmen der Wohnraumförderung  
127 bereitgestellt.
- 128 • Eine amtliche Wohnungslosenstatistik sowie den Ausbau der präventiven  
129 Fachstellen zur Vermeidung von Obdachlosigkeit und weiterer  
130 Beratungsangebote werden im kommenden Jahr eingeführt.
- 131 • Beratungsangebote für gemeinschaftliche Wohnprojekte wie Alten-WG,  
132 Mehrgenerationenhaus oder Wohnen für Hilfe werden ausgeweitet.
- 133 • Leitlinien für sozialgerechte Bodennutzung erlassen.

### **Begründung**

Wohnungsknappheit und explodierende Mieten sind für immer mehr Menschen vor allem in Bayerns wachsenden Ballungsräumen der blanke Horror. Dazu tragen nicht nur Megatrends wie die „Renaissance der Städte“ sowie die Spekulationswelle mit Immobilien als neuem „Betongold“, sondern auch die verfehlten und unzureichenden wohnungspolitischen Weichenstellungen der Vergangenheit und Gegenwart sowie ein massives Stadt-Land-Gefälle bei der Bautätigkeit bei. Wohnraummangel in Städten und Ballungsräumen, Leerstand auf dem Land. Der Wohnungsmarkt im Freistaat ist in den letzten Jahren komplett aus der Balance geraten.

Wohn- und Mietfragen beschäftigen laut jüngstem Bayerntrend jede\*n sechste\*n Bayer\*in und werden landesweit als dritt wichtigstes Problem gesehen. Immer mehr Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen können sich ihre Miete nicht mehr leisten, müssen aus ihrer angestammten Nachbarschaft wegziehen oder in ihrer nicht mehr zweckmäßigen Wohnung verbleiben, weil Alternativen fehlen oder zu teuer sind. Ein neues, bezahlbares Zuhause zu finden ist für viele kaum schaffbar. Die soziale Spaltung in den Städten schreitet voran. Auch die Wohnungslosigkeit ist in den letzten Jahren massiv angestiegen. Einzelne Zahlen aus bayerischen Großstädten wie München, Würzburg oder Nürnberg lassen jedoch befürchten, dass die Wohnungslosigkeit im Freistaat in den vergangenen Jahren stark angestiegen ist. Beispielsweise hat sich die Zahl der Wohnungslosen in der Landeshauptstadt München im Zeitraum von 2012 bis 2017 von 3.676 auf 6.158 Personen erhöht und damit nahezu verdoppelt. Grund für den Anstieg der Wohnungslosigkeit sind die steigenden Mietpreise sowie der Mangel an bezahlbarem Wohnraum – darunter vor allem die rückläufige Zahl an Sozialwohnungen.

In Bayern ist zudem der Erwerb von Boden so teuer wie noch nie. Gerade in den bayerischen Ballungsräumen haben die Bodenpreise teils astronomische Höhen erklommen. Teurer Baugrund gilt als eine der Hauptursachen für die exorbitanten Steigerungen der Immobilien- und Mietpreise. Die Staatsregierung hat bisher keine Strategie erkennen lassen, wie Steigerungen des Bodenwertes, die ohne besonderen Arbeits- oder Kapitalaufwand des Eigentümers entstehen, für die Allgemeinheit nutzbar gemacht werden können, wie es in Art. 161 der Bayerischen Verfassung formuliert ist.

## **SZ3 Lebenswerte Städte – attraktives Land: Den öffentlichen Raum zurückerobern**

Gremium: Landesvorstand, Landesausschuss, Dr.  
Markus Büchler MdL (KV München-Land)  
Beschlussdatum: 20.09.2019  
Tagesordnungspunkt: 4 Sozialer Zusammenhalt

### **Antragstext**

1 Wir wollen den öffentlichen Raum in unseren Dörfern, Städten und Gemeinden  
2 wiederbeleben, in ganz Bayern. Damit schaffen wir Orte der Begegnung, in denen  
3 sich alle Menschen auch außerhalb der eigenen vier Wände wohlfühlen,  
4 zusammenkommen, kommunizieren, Gemeinschaft erleben und Gesellschaft kultivieren  
5 können.

6 Wir wollen den öffentlichen Raum wieder so gestalten, dass Kontakte zwischen  
7 Nachbarn wieder zunehmen. Wir wollen öffentliche Räume schaffen, die Menschen  
8 einladen, wieder vermehrt herauszukommen aus der Anonymität im Eigenheim oder  
9 der Wohnung. Wir wollen Ortszentren stärken, die Geschäfte, Praxen, Kitas,  
10 Arbeitsplätze kompakt in wohnortnaher Entfernung bieten, sodass auch viele  
11 Autofahrten überflüssig werden. Wir wollen Leben statt Lärm auf die Straße  
12 bringen.

13 Wir wollen im öffentlichen Raum eine hohe Aufenthaltsqualität für alle schaffen:  
14 mit Grün und Wasser, einladenden Sitzmöglichkeiten, Spielplätzen,  
15 Veranstaltungsflächen, Sportplätzen, Fitnessanlagen für Jung und Alt,  
16 Marktständen, lokalem Gewerbe und Gastronomie, WLAN, Kunst, Trinkbrunnen,  
17 Toiletten, Ausstellungen, Bücherschränken, Fahrradstellplätzen usw. Damit  
18 fördern wir Beisammensein, Teilhabe und Zusammenhalt in der Gesellschaft.

### **19 Öffentlicher Raum: Das Wohnzimmer unserer Gesellschaft**

20 Der öffentliche Raum hat in Städten genauso wie in Dörfern seit je her eine  
21 große Bandbreite an Aufgaben und Funktionen für das Zusammenleben in der  
22 Gesellschaft. Der öffentliche Raum, das heißt die Fläche zwischen unseren  
23 Häusern oder Gartenzäunen, aber auch öffentlich verfügbare Räume in Gebäuden ist  
24 der Ort, wo sich Menschen begegnen und damit soziale Teilhabe erleben. Vom  
25 Dorfanger bis zum Stadtplatz, von der Gasse bis zur Promenade dient der  
26 öffentliche Raum seit Jahrhunderten der Kommunikation, der Begegnung, dem  
27 Austausch. Im Gegensatz zum privaten Raum, der jemandem gehört, der das  
28 Hausrecht ausübt, dient der öffentliche Raum allen Menschen: offen, inklusiv,  
29 demokratisch. Egal ob alt oder jung, reich oder arm, alteingesessen oder neu  
30 zugezogen. Er ist das Angebot, die Einladung an alle Menschen, zusammenzukommen,  
31 sich kennenzulernen, zu kommunizieren, Kontakte zu pflegen, aber auch draußen zu  
32 verweilen, zu spielen, zu flanieren, zu genießen, zu handeln, zu konsumieren, zu  
33 demonstrieren – kurz: am öffentlichen Leben teilzuhaben. Der öffentliche Raum

34 ist damit für jede\*n ein zweites Wohnzimmer im Freien. Und er ist für uns alle  
35 das Wohnzimmer der Gesellschaft. Nicht zuletzt ist der öffentliche Raum ein  
36 wichtiger Ort des politischen Diskurses der Gesellschaft: Wahlkämpfe,  
37 Demonstrationen, Kundgebungen und Revolutionen finden im öffentlichen Raum  
38 statt. Der öffentliche Raum ist zutiefst demokratisch, denn er ist für alle da!

### 39 **Den öffentlichen Raum zurückerobern – für alle!**

40 Besonders auf dem Land sind Menschen mit eingeschränkter Mobilität und Menschen,  
41 die kein Auto fahren oder finanzieren können, darauf angewiesen, die nötige  
42 soziale und ökonomische Infrastruktur für das tägliche Leben in erreichbarer  
43 Entfernung zu haben, um nicht auf autofahrende Hilfe angewiesen zu sein. Wir  
44 wollen in unseren Dörfern und Städten aber allen Menschen attraktiven Aufenthalt  
45 im öffentlichen Raum bieten, auch denjenigen, die sich keinen Kaffee in einer  
46 Gaststätte leisten können oder wollen. Angebote zum kostenlosen und angenehmen  
47 Aufenthalt in der Öffentlichkeit sind eine Investition in eine lebendige und  
48 gerechte Gemeinschaft, ein wichtiger Beitrag zu Inklusion und Teilhabe.

### 49 **Wir Grüne schaffen Lebensqualität vor der Haustüre**

50 Öffentliche Räume bringen Menschen jedweder Herkunft, Geschlecht, sozialer  
51 Schicht und Alter zueinander und stiften Raum für Kommunikation, Austausch,  
52 Teilhabe und Zusammenhalt der Gesellschaft. Diese Kommunikation der Menschen ist  
53 das Lebenselixier für Demokratie und friedliches Zusammenleben.

54 Um das zu erreichen, ist es wichtig, dass sich die Politik der Entwicklung des  
55 öffentlichen Raums annimmt. Kommunen spielen dabei eine zentrale Rolle. Mit  
56 unserem 10-Punkte-Plan für den Öffentlichen Raum zeigen wir im Kommunalwahlkampf  
57 vor Ort mit konkreten Verbesserungsvorschlägen auf, wie hochwertige öffentliche  
58 Räume der Gesellschaft nützen und den Ort bereichern. Damit leisten wir einen  
59 Beitrag zur Entwicklung von mehr Lebensqualität in unseren Kommunen – sowohl im  
60 ländlichen Raum wie auch in unseren wachsenden Städten.

61 • Wir wollen den Platz im öffentlichen Raum neu verteilen. Das bedeutet  
62 konkret: Mehr Platz für Fuß- und Radverkehr, mehr Platz für schöne und  
63 artenreiche Grünflächen, saubere Luft, Verkehrssicherheit und Lärmschutz.  
64 Die Dominanz des motorisierten Verkehrs und der Parkplätze wollen wir  
65 zugunsten einer gerechteren und menschenfreundlicheren Aufteilung des  
66 öffentlichen Raumes zurückdrängen.

67 • Das Leitbild „Dorf bzw. Stadt der kurzen Wege“ ist unsere Maxime in der  
68 Siedlungsentwicklung. Wir wollen die Innenentwicklung stärken, statt immer  
69 mehr auf der „grünen Wiese“ bauen. Bei Bauprojekten müssen die Chancen  
70 ausgelotet werden, zugleich den öffentlichen Raum aufzuwerten.

71 • Die bayerische Städtebauförderung und das Dorferneuerungsprogramm wollen  
72 wir um ein Sonderprogramm zur Entwicklung des Öffentlichen Raums in  
73 Städten und Gemeinden von 5 Millionen Euro pro Jahr ergänzen und die  
74 Mittel beim Straßenbau einsparen.

75 • Mit einem Bundesprogramm „Bauflächenoffensive – 100.000 Dächer und Häuser

- 76 Programm“ fördern wir die Aktivierung leerstehender Gebäude, um damit die  
77 Lebendigkeit der Ortskerne zu stärken. Künftig sollen grundsätzlich  
78 fehlende Innenentwicklungspotentiale vor der Ausweisung neuer Baugebiete  
79 nachgewiesen werden müssen. So reduzieren wir den Flächenverbrauch.
- 80 • Wir wollen unsere oftmals verwaisten und heruntergekommenen Bahnhöfe  
81 wieder zu lebendigen Treffpunkten entwickeln, die die Gemeinde oder den  
82 Stadtteil mit Kiosk oder Cafe, Warteraum und weiteren Dienstleistungen und  
83 Mobilitätsangeboten bereichern. Auch das stützt die Gemeinschaft vor Ort,  
84 dient dem Austausch der Menschen und bietet Mehrwert für die  
85 Lebensqualität.
- 86 • Wir begrüßen die Initiativen zur Wiedereröffnung von Dorfläden als Zentrum  
87 für Kommunikation, Austausch und Nahversorgung im Dorf und wollen diese  
88 mit einer staatlichen Förderung anschieben.
- 89 • Wir wollen mehr Kunst und Kultur im öffentlichen Raum. Straßen- und  
90 Dorffeste, traditionsreiche kulturelle Umzüge, Prozessionen und  
91 Veranstaltungen prägen die Identität eines Ortes und stärken die  
92 Gemeinschaft. Wir wollen aber auch mehr Kunstprojekte, Denkmäler,  
93 Gestaltungen von Kindern und Jugendlichen in ganz Bayern, um dadurch den  
94 öffentlichen Raum bunter und lebendiger zu machen.
- 95 • Österreich, Schweiz, Frankreich, Belgien und viele andere Länder  
96 verwandeln Straßen und Plätze in „Begegnungszonen“ (Shared Space).  
97 Gehsteige und Fahrbahnen werden zusammengelegt, die Fläche gestalterisch  
98 aufgewertet. Autos, Fahrräder und Fußgänger\*innen bewegen sich langsam und  
99 gleichberechtigt. Damit werden nicht nur vielfältige städtebauliche,  
100 sondern auch soziale (Kommunikation, Sicherheit, Wiederbelebung) und  
101 wirtschaftliche Ziele (Erhaltung mittelständischer Betriebe und  
102 Gastronomie, Tourismusförderung) verwirklicht. Deshalb wollen wir die  
103 Möglichkeit von Begegnungszonen für unsere Kommunen in der  
104 Straßenverkehrsordnung schaffen.
- 105 • Um auch in den immer heißeren Sommermonaten allen Menschen einen  
106 angenehmen Aufenthalt im Freien zu ermöglichen und lokale  
107 Extremtemperaturen zu vermeiden, wollen wir mehr Fassadenbegrünung,  
108 Ortsdurchgrünung, Schatten spendende Bäume und Wasser im öffentlichen  
109 Raum. Viele im Zuge des Straßenbaus verrohrte Bäche können wieder geöffnet  
110 und zum Vorteil von Natur und Mensch kleine grüne Oasen im Wohnumfeld  
111 werden.
- 112 • Wir wollen die Barrierefreiheit für den gesamten öffentlichen Raum in  
113 Bayern. Alle Menschen, auch Seniorinnen und Senioren, Kinder und Menschen  
114 mit Behinderungen sollen sich sicher und selbständig bewegen können. Ein  
115 barrierefreier öffentlicher Raum mit Nahversorgung im Wohnumfeld gibt  
116 Seniorinnen und Senioren die Möglichkeit, sich lange selbstbestimmt zu  
117 versorgen und zugleich am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben.

### Begründung

Die Bayerische Verfassung schreibt das Ziel der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Bayern vor. Das ist ein richtiges Ziel, das wir Grüne sehr ernst nehmen. In den letzten Jahren hat sich Bayern von diesem Ziel aber immer weiter entfernt. Die Unterschiede zwischen Stadt und Land wachsen. Die Gesellschaft driftet weiter auseinander.

Der öffentliche Raum in Bayern wird, trotz manch hübsch gestalteter Dorfzentren oder Fußgängerzonen, meist vernachlässigt. Vor der Haustüre finden wir allzuoft eine graue Monotonie aus asphaltierter Fahrbahn und Parkplatzstreifen mit Restflächen für vielerorts gefährdete Fußgänger\*innen und Radfahrende. Damit geht der öffentliche Raum für die Gesellschaft verloren, entwertet und zu Fahrbahn oder Parkplatz degradiert. Verschärft wird die Situation durch den Flächenfraß am Ortsrand, wenn dort die Discounter sprießen und das lokale Gewerbe, die Arztpraxis, das Wirtshaus oder die Läden als soziale Treffpunkte in zentraler Lage schließen. Dies erschwert Teilhabe und hemmt den Zusammenhalt in der Gesellschaft. Öffentliche Räume müssen lebendig und attraktiv sein, um Identität zu stiften, Anonymisierung zu vermeiden und dem Gefühl des "Abgehängt-Seins" entgegenzuwirken.